



Stadtgemeinde 3150 Wilhelmsburg

Bezirk St. Pölten – NÖ - Postfach 55 - Telefon (02746) 2315-0 Fax: 2315 64

e-mail: stadtgemeinde@wilhelmsburg.gv.at

Zahl: 004-1/2012/Ko

Wilhelmsburg, 15.03.2012

Betrifft: 1. Gemeinderatssitzung des Jahres 2012.

Protokoll

über die Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, dem 15.03.2012, im Gasthaus Franzl (Extrazimmer), Bahnhofstraße 27.

Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.25 Uhr

Anwesende:

Bürgermeister Mag. Herbert Choholka als Vorsitzender
Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler

Stadträte:

Markus Berger, Christine Choholka, Walter Schmid

Gemeinderäte:

Johanna Berger, Bernhard Billensteiner, Thomas Fischer, Robert Gabath, Günther Hieß, Gerald Manhart, Herbert Müllner, Eva Prischl, Willibald Wltschek, Johann Grassmann, Margarete Hirn, Markus Holzer, Alfred Zauner, Herbert Ruprechter, Helmut Weininger, Sabine Hippmann MAS, CMC

Entschuldigt:

STR Norbert Damböck, STR Andreas Fertner, GR Karl Lanzenbacher, GR Thomas Weissenböck, GR Mag. Wilhelm Schreiber, GR Michaela Waxenegger, GR Christian Brenner

Verspätet:

GR Christian Brödl (ab TOP 10)

Schriftführer: Stadtamtsdirektor Reinhard Kotheck

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka begrüßt als Vorsitzender die Damen und Herren des Gemeinderates.

Zur Sitzung des Gemeinderates wurde ordnungsgemäß unter Anschluss der Tagesordnung eingeladen.

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt, zur Tagesordnung werden gemäß § 46 Abs. 3 NÖ GO 1973 drei Dringlichkeitsanträge eingebracht:

GR Alfred Zauner für den entschuldigten STR Andreas Fertner

- Güterwegebau - Güterweg Holzer, Grundsatzbeschluss/Übernahme des anteiligen Finanzierungsbeitrages

STR Markus Berger

- Straßenbau - Bauführung des NÖ. Straßendienstes im Bereich der Kreuzung Pömmern, Übernahme in die Erhaltung und Verwaltung der Gemeinde

STR Christine Choholka

- Begründung von Wohnungseigentum - Verkauf der Wohnung Conrad Lester-Hof 2/5

Diese Dringlichkeitsanträge (Beilagen 1-3) werden einstimmig unter den Tagesordnungspunkten 13a, 14a und 20 in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Tagesordnungspunkte 3 und 9 werden vom Vorsitzenden gemäß § 47 Abs. 3 NÖ GO 1973 in nichtöffentliche Sitzung verwiesen.

Berichterstatter und Antragsteller Bürgermeister Mag. Herbert Choholka

1.) Ko;

Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka stellt die Beschlussfähigkeit gem. § 48 Abs. 1 NÖ GO 1973 fest. Der Gemeinderat zählt 29 Mitglieder, anwesend sind zum Zeitpunkt des Eingangs in die Tagesordnung 21, 22 ab TOP 10.

2.) Ko;

Entscheidung über Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift (Sitzungsprotokoll) der letzten Sitzung vom 15.12.2011.

Auf die Verlesung des Protokolls der Gemeinderatssitzung wird einstimmig verzichtet, gegen den Inhalt des Sitzungsprotokolls wurden keine schriftlichen Einwendungen erhoben, dieses gilt somit gem. § 53 Abs. 5 NÖ GO 1973 als genehmigt.

3.) nichtöffentlicher Sitzungsteil;

4.) PZ.: 216/12/Hö;

Ansuchen um Reduzierung der Pacht für den Vergnügungspark.

Mit der Vergnügungspark-Betreiberin Claudia Riedl, 2522 Oberwaltersdorf, Schloßsee II/56, wurde ein aufrechter Pachtvertrag für die Dauer von drei Jahren (2010-2012) zur Aufstellung eines Vergnügungsparks anlässlich der „1. Mai-Kirtage“ abgeschlossen und eine jährliche Pacht bis zum Jahre 2012 in der Höhe von € 3.000,00 vereinbart.

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Aufrechterhaltung des bestehenden Vertrages aus, der Antrag auf Reduzierung des Pachtentgeltes wird abgelehnt.

5.) Ko, Hö, Se, Bau, Pri;

Niederschrift über die angesagte Sitzung des Prüfungsausschusses vom 13.03.2012 (Prüfung des Rechnungsabschlusses gemäß § 82 Abs. 2 NÖGO 1973) - Vorlage an den Gemeinderat gemäß § 82 Abs. 3 NÖ GO 1973.

Der Prüfungsausschuss hat den RA für das Haushaltsjahr 2011 innerhalb der Auflagefrist auf seine rechnerische Richtigkeit und Übereinstimmung mit dem VA 2011 geprüft und hierbei keine negativen Feststellungen getroffen (Niederschrift Beilage 4). Die gesetzliche Konformität wird bestätigt, seitens

des Bürgermeisters und des Kassenverwalters wird diese Feststellung im Rahmen der Stellungnahmen (Beilagen 5 und 6) zur Kenntnis genommen.

6.) Ko, Hö, Se, Bau, Pri;

Beschlussfassung über den Bürgermeister-Entwurf des Rechnungsabschlusses für das Haushaltsjahr 2011 gemäß § 84 NÖ GO 1973.

Der Bürgermeister berichtet den Damen und Herren des Gemeinderates über das Ergebnis des RA 2011, welcher folgende Gebarungssummen ausweist:

	Einnahmen	Ausgaben	Überschuss (+) Fehlbetrag (-)
<u>Soll:</u>			
Ordentlicher Haushalt	9.315.457,86	9.276.845,15	+ 38.612,71
Außerordentlicher Haushalt	432.287,44	496.273,60	- 63.986,16
Voranschlagsunwirksame Gebarung	3.357.311,62	3.357.311,62	0,00
<u>Ist:</u>			
Ordentlicher Haushalt	9.424.958,35	9.461.708,62	- 36.750,27
Außerordentlicher Haushalt	861.741,88	925.728,04	- 63.986,16
Voranschlagsunwirksame Gebarung	3.483.039,58	3.441.170,94	+ 41.868,64
Kassastand per 31.12.2011			- 58.867,79
Maastricht - Ergebnis			+ 308.872,20

Entwicklung der Darlehens - Art 1 nach den Bestimmungen der VRV (Schulden, deren Schuldendienst mehr als zur Hälfte aus allgemeinen Deckungsmitteln getragen werden muss):

Stand zu Jahresbeginn	Zugänge	Abgänge	Stand zu Jahresende
1.613.614,65	0,00	87.532,10	1.526.082,55

Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2011 wird vom Bürgermeister als wirtschaftlich sehr erfreulich bezeichnet, zumal einerseits ein positives Jahresergebnis erzielt werden konnte, zum anderen auch der Haushaltsabgang des Budgetjahres 2010 in der Höhe von € 143.086,11 abgedeckt werden konnte. Als überaus positiv bewertet der Bürgermeister auch das Kommunalsteueraufkommen als Ergebnis einer sehr positiven Wirtschaftsentwicklung und Betriebsansiedlungspolitik.

Wortmeldung:

Frau GR Sabine Hippmann MAS, CMC stellt zum vorliegenden RA-Konzept Anfragen zu den Themenbereichen Versicherung, Stadtstreife, Ehrungen sowie zum Energiethema Gasverbrauch. Alle Anfragen werden vom Bürgermeister zur Zufriedenheit beantwortet.

Dem RA 2011 wird einstimmig die Zustimmung erteilt.

Hinweis:

Der Entwurf des Rechnungsabschlusses hat im Sinne der Bestimmungen des § 83 Abs. 2 NÖ GO 1973 in der Zeit von 29.02.2012 bis 14.03.2012 im Stadtamt zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Innerhalb der zweiwöchigen Auflagefrist wurden keine schriftlichen Stellungnahmen eingebracht.

7.) Ko, Hö, Se, Bau, Pri;

Niederschrift über die angesagte Sitzung des Prüfungsausschusses vom 02.02.2012, fortgesetzt am 28.02.2012 - Vorlage an den Gemeinderat gemäß § 82 Abs. 3 NÖ GO 1973.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka berichtet über das Ergebnis der stattgefundenen Prüfung (Beilage 7) und verliest die schriftlichen Stellungnahmen des Bürgermeisters und des Kassenverwalters zum Protokoll gemäß Beilagen 8 und 9.

8.) Ko, Se;

Revision des Standesamtes durch die Aufsichtsbehörde – der Bürgermeister informiert den Gemeinderat über die stattgefundenene Revision des Standesamtes durch die Aufsichtsbehörde am 20.02.2012 und bringt den Revisionsbericht vom 22.02.2012.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

9.) nichtöffentlicher Sitzungsteil;

10.) Ko;

Erweiterung des Betriebsgebietes Nord – mögliche Betriebsansiedlung durch die Fa. Schenker & Co AG – Situationsbericht.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka stellt zu diesem Tagesordnungspunkt eingangs sein Bedauern des Scheiterns der Betriebsansiedlung fest und berichtet anschließend über den chronologischen Verlauf der Geschehnisse.

Bereits im Jahre 2003 wurden aus raumordnerischer Sicht die Weichen für eine Erweiterung des Betriebsgebietes Nord gestellt. Anlässlich der Erstellung des Entwicklungskonzeptes wurden die gegenständlichen landwirtschaftlichen Flächen bereits als Erweiterungsflächen für eine Baulandwidmung ausgewiesen und die Grundeigentümer seit diesem Zeitpunkt in die Überlegungen einer hinkünftigen Umwidmung eingebunden. Zu diesem Zeitpunkt erfolgte eine ausführliche Grundlagenarbeit, welche nachfolgend zu einer wesentlichen Verfahrensvereinfachung im Zuge von Umwidmungsverfahren führen sollte. Die Grundeigentümer wurden zum damaligen Zeitpunkt umfassend informiert, im konkreten Anlassfall einer Umwidmung bedurfte bzw. bedarf es der Unterfertigung eines Baulandsicherungsvertrages. In weiterer Folge wurden im September 2011 neuerlich Gespräche mit den Grundeigentümern hinsichtlich deren Verkaufsbereitschaft bzw. des Bedarfes an bewirtschaftbaren Ersatzflächen geführt. All diese Gespräche verliefen grundsätzlich sehr positiv, als Verkaufspreis wurden seitens der Vertreter der Stadtgemeinde stets € 3500/m² als ortsüblich genannt, dieser Preis wurde auch anlässlich eines getätigten Grundverkaufes einer Teilfläche des erweiterten Betriebsgebietes im Ausmaß von 2.000 m² verlangt und bezahlt.

Nach diesem Eingangsstatement erläutert der Bürgermeister die Abfolge der mit den Vertretern der Fa. Schenker & Co AG geführten Betriebsansiedlungsgespräche. Seitens der Firmenleitung wurde eine eventuelle Betriebsansiedlung im Erweiterungsgebiet des Betriebsgebietes-Nord erwogen und entsprechende Planungsschritte gesetzt. Hinsichtlich eines Gleisanschlusses wurden seitens der Fa. Schenker & Co AG Gespräche mit den ÖBB geführt. Das Ergebnis war durchaus positiv, die Errichtung eines Gleisanschlusses erschien technisch möglich, die Finanzierung sollte durch die Fa. Schenker & Co AG erfolgen.

Nach all diesen positiven Vorgesprächen und einem ebenfalls sehr gut verlaufenen Hearing zwischen den Projektverantwortlichen der Fa. Schenker & Co AG und Vertretern der Stadtgemeinde Wilhelmsburg scheiterte die Betriebsansiedlung an einem plötzlichen Wandel der Grundeigentümer in Bezug auf die Grundpreisvorstellungen.

Die Fa. Schenker & Co AG forderte jedenfalls einen Grundpreis pro m² unter € 30,00, die Preisvorstellungen der Stadtgemeinde Wilhelmsburg beliefen sich unter dem Aspekt der „Ortsüblichkeit“ auf rund € 35,00, der Preis der Grundeigentümer wurde nach erfolgten Grundpreisverhandlungen zwischen den Grundeigentümern und den Vertretern der Stadtgemeinde von € 35,00 auf € 45,00/m² angehoben, alternativ wurde seitens der Grundeigentümer eine Betriebsansiedlung über Baurecht in die allgemeine Gesprächsthematik eingebracht. Hierzu erklärt der Bürgermeister, dass die Betriebsansiedlung über Baurecht seitens der Fa. Schenker & Co AG keinerlei Interesse fand, der Grundpreis von € 45,00/m² wurde als weit überzogen betrachtet und hierauf die Betriebsansiedlungsverhandlungen eingestellt. Über diese Tatsache herrscht einerseits großer Ärger aber auch Bedauern um die vergebene Chance der Betriebsansiedlung eines wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmens, der Bahnerschließung des Betriebsgebietes und möglicher begleitender Betriebsansiedlungen aufgrund des attraktiven Standortes des erweiterten Betriebsgebietes-Nord.

Die Zukunftsperspektive bestehe laut Herrn Bürgermeister nun leider in einem Ausweichen auf andere Bereiche wie z.B. der Umwidmung der an den ehemaligen UNION-Sportplatz angrenzenden Flächen.

Wortmeldungen:

Herr GR Alfred Zauner erklärt als betroffener Grundeigentümer, dass seitens seiner Eltern sehr wohl eine Verkaufsbereitschaft geherrscht hätte, der von Herrn StADir. Reinhard Kothek genannte Grundpreis von € 25,00/m² jedoch keinesfalls akzeptabel gewesen wäre und hierauf die Grundeigentümer ein Gegenoffert in der Höhe von € 45,00/m² gelegt hätten

Herr StADir. Reinhard Kothek entgegnet hierauf auf das Entschiedenste, dass der genannte Kaufpreis nicht € 25,00/m² sondern € 29,00/m² betragen habe.

Im Zuge seiner Wortmeldung verweist Herr GR Alfred Zauner weiters auf den in der heutigen Zeit großen Wert von Grund und Boden. Betriebsansiedlungen seien auch unter dem Aspekt zu betrachten, dass bei etwaigem wirtschaftlichem Misserfolg wertvoller Boden als Betriebsruine zurückbleibt. Seiner Meinung nach wären auch die Grundeigentümer nicht ausreichend informiert und in die Verhandlungen mit den Vertretern der Fa. Schenker & Co AG eingebunden worden.

Herr Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler verweist darauf, dass bei allen ursprünglichen Planungen grundsätzliche Verkaufsbereitschaft geherrscht hätte und erst ab dem Zeitpunkt der Inanspruchnahme weiterer Grundflächen von Herrn Franz Bertl eine gänzliche Haltungsänderung der bisher verkaufsbereiten Liegenschaftseigentümer eingetreten sei. Herr Franz Bertl brachte in die abschließenden Gespräche illusorische Preisvorstellungen in der Höhe von € 45,00/m² ein und wird von Herrn Vizebürgermeister als „Schuldiger einer möglichen Betriebsansiedlung“ bezeichnet. Eigenartig mutet auch die Tatsache an, dass ein betroffener Grundeigentümer seine Verkaufsbereitschaft eindeutig um einen Grundpreis von € 30,00/m² erklärte. Der Stadtgemeinde Wilhelmsburg ist durch den Abbruch der Verhandlungen unabsehbarer Schaden entstanden, ca. 80 Arbeitsplätze wären geschaffen worden, das Betriebsgebiet-Nord wäre an das öffentliche Bahnnetz angeschlossen worden und es hätten auch weitere Expansionsmöglichkeiten aufgrund des attraktiven Betriebsstandortes bestanden.

Der Vizebürgermeister schließt seine Wortmeldung mit den Worten „Danke Herr Bertl“.

Frau GR Sabine Hippmann MAS, CMC bezeichnet das Ergebnis aller Bemühungen zur Umwidmung und nachfolgenden Betriebsansiedlung als Worst-Case. Es wurde eine große Chance vertan, auch der beabsichtigte Bahnanschluss wäre von immens hohem wirtschaftlichem und verkehrstechnischem Wert gewesen. Anstatt der Thematik ÖBB-Bahnanschluss wird wohl wiederum die Diskussion S34 eingeleitet werden. Erstaunt zeigt sich Frau GR Sabine Hippmann MAS, CMC darüber, dass über die Betriebsansiedlung der Fa. Schenker & Co AG trotz striktester Vertraulichkeit eine „öffentliche

Diskussion“ stattgefunden hat. Derartige Vorgehensweisen sollten hinkünftig jedenfalls vermieden werden.

Herr GR Johann Grassmann stellt im Rahmen seiner Wortmeldung fest, dass die betroffenen Grundeigentümer seiner Meinung nach vor vollendete Tatsachen gestellt wurden und keine Nachverhandlungen stattgefunden haben. Er erläutert aus seiner Sicht die Möglichkeit von Betriebsansiedlungen über Baurecht, bezeichnet diese als eigentlich attraktiv und fordert, dass auch dem im Sitzungssaal unter den Zuhörer anwesenden Herrn Franz Bertl Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden sollte.

Herr GR Christian Brödl erscheint um 20.00 Uhr und nimmt ab diesem Zeitpunkt an der Beratung und Beschlussfassung teil.

Herr STR Markus Berger berichtet aus seiner Erfahrung als Zentralbetriebsrat eines internationalen Großkonzerns über die gegenständlichen Themenbereiche Betriebsansiedlung, Grundpreis, Verfahrensabwicklung und zeigt sich ebenfalls maßlos enttäuscht über das Scheitern der Verhandlungen. Hinsichtlich der oftmals geforderten Einbindung der Liegenschaftseigentümer bei Verhandlungsgesprächen erklärt er, dass dies absolut unüblich sei und von internationalen Konzernvertretern auch abgelehnt werde.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka schließt die Diskussion mit der Feststellung, dass seiner Meinung nach auch innerhalb der ÖVP Uneinigkeit hinsichtlich der Gesamtbetrachtungsweise der gescheiterten Betriebsansiedlung herrsche. Seinen Unmut äußert der Bürgermeister darüber, dass Herr Franz Bertl eigenmächtig an die Firmenleitung des Konzerns der Fa. Schenker & Co AG herangetreten ist, um eigenständige Verhandlungen namens der Grundeigentümer zu führen. Diese Vorgehensweise wird vom Bürgermeister striktest abgelehnt.

Zur hinkünftigen Betriebsansiedlung erklärt der Bürgermeister abschließend, dass es eines Wandels der bisherigen Überlegungen bedarf, die Bemühungen um eine positive Wirtschaftspolitik werden jedoch jedenfalls mit aller Kraft fortgesetzt werden.

11.) Ko;

Kleinregion Traisen-Gölsental – der Bürgermeister berichtet über die erfolgte Gründung und Errichtung der „Traisen-Gölsental Regionalentwicklungsgesellschaft m.b.H.“ mit dem Sitz in der politischen Gemeinde Lilienfeld.

Der Gegenstand der Gesellschaft besteht primär in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und Attraktivierung der Region Traisen-Gölsental. Derzeitiges Hauptziel der Gesellschaft ist die Sicherstellung des Betriebes der Anschlussbahn Freiland bis St. Aegy. Vorerst ist der Fortbetrieb der Anschlussbahn durch die bestehende Gesellschaftsform und Betriebsführung auf die Dauer von fünf Jahren gewährleistet.

Die Errichtungserklärung über die Gesellschaft, der Anstellungsvertrag des Geschäftsführers sowie weitere Gründungsunterlagen liegen den Sitzungsunterlagen bei, auf eine weitere Erläuterung der vertraglichen Bestimmungen wird seitens des Gemeinderates verzichtet.

Hinweis:

Für die Gesellschaftsgründung ist keine Beschlussfassung des Gemeinderates erforderlich.

Wortmeldung:

Frau GR Sabine Hippmann MAS, CMC stellt die Anfrage nach der Vertretung der gegründeten Gesellschaft nach außen hin, Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka erläutert, dass diese durch den Vorstand des Traisen-Gölsental Vereines ausgeübt wird.

Sitzungsunterbrechung 20.15 bis 20.25 Uhr

Berichterstatter und Antragsteller Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler

12.) Ko;

Schule Süd – Bericht über die Bestimmung von Hefen und Schimmelpilzen in der Raumluft.

Herr Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler berichtet dem Gemeinderat über eine seitens der Stadtgemeinde als Schulerhalter in Auftrag gegebene Untersuchung von Hefen und Schimmelpilzen in der Raumluft der Volksschule-Süd. Ursache dieser chemischen Analyse war die im Rahmen des Schülerforums geäußerte Befürchtung, dass aufgrund baulicher Mängel und Feuchtschäden in Räumlichkeiten der Volksschule-Süd eine Belastung der Raumluft mit Schimmelpilzen gegeben sein könnte. Aufgrund dieser geäußerten Befürchtung wurde des Ingenieurbüro enviro-chem GmbH., consulting engineers, 3150 Wilhelmsburg, Panoramastraße 3, mit der Probenahme und Analytik der Untersuchung der Raumluft auf Schimmelpilzsporen in einer Schulklasse und dem Gardarobenraum der Volksschule-Süd beauftragt. Die Probenahme erfolgte am Freitag, den 16.12.2011. Die hierbei gemessenen Konzentrationen an Hefen und Schimmelpilzen in der Raumluft waren laut Gutachten als unauffällig zu bezeichnen, die Gesamtkonzentration wurde als niedrig eingestuft.

13.) Ko;

Einführung einer Ferienbetreuung für Pflichtschul Kinder im Volksschulalter im Standort der Prof. Fritz Küffer – Schule Nord.

Herr Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler berichtet über die Anregung der Direktorin der Volksschule-Süd Christa Walchshofer zur Einrichtung einer Ferienbetreuung. Im Rahmen der bisherigen Gespräche sollte die Betreuungsform im Ausmaß des Betreuungsangebotes an den örtlichen Kindergärten eingerichtet werden. Für die Vormittags- und Nachmittagsbetreuung erklärte sich die derzeitige Nachmittagsbetreuerin Frau Martina Gregorits zur fachlichen Aufsicht bereit.

Betreuungszeitraum:

02.07.2012 – 20.07.2012 und 13.08.2012 – 31.08.2012

Betreuungskosten für jeweils 3 Wochen:

Analog der Tarife der Nachmittagsbetreuung zuzüglich der Kosten für das Mittagessen.

Zustandekommen der Ferienbetreuungsaktion:

ab 15 Anmeldungen.

Wortmeldung:

Frau GR Sabine Hippmann MAS, CMC äußert sich zum vorliegenden Antrag zur Einrichtung einer Ferienbetreuung grundsätzlich sehr positiv, als möglicher Betreuungsstandort sollte auch der „Jugendtreff“ angedacht und in die Überlegungen miteinbezogen werden. Eine Beschränkung zur Teilnahme an der Ferienbetreuung könnte eventuell angedacht werden (z.B. ausschließlich für Kinder von berufstätigen Eltern,).

Herr Vizebürgermeister Rudolf Ameisbichler bezeichnet jegliche Zugangsbeschränkungen zur Aufnahme in einer Ferienbetreuung als unfair.

Der Gemeinderat stimmt der Einrichtung einer Ferienbetreuung einstimmig zu.

Berichterstatter und Antragsteller GR Alfred Zauner für den entschuldigtem STR Andreas Fertner

Herr GR Markus Holzer erklärt sich zu TOP 13a als befangen, verlässt den Sitzungsraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

13a) Dringlichkeitsantrag;

Güterweg „Holzer“, Finanzierungsbeitrag – Herr GR Alfred Zauner beantragt die grundsätzliche Zustimmung des Gemeinderates zur Errichtung des Güterweges „Holzer“ zu einem derzeit bekannten Richtpreis lt. Kostenschätzung in der Höhe von € 140.000,00.

Der Gemeinderat stimmt dem Projekt sowie der Übernahme eines Gemeindefinanzierungsbeitrages in der Höhe von 20 % der anrechenbaren Baukosten einstimmig zu. Die Projektfinanzierung erfolgt über einen Zeitraum von drei Jahren, der anteilige Finanzierungsbeitrag für das Haushaltsjahr 2012 ist im VA 2012 bereits vorgesehen.

Berichterstatter und Antragsteller STR Markus Berger

14.) Bau;

Genehmigung eines Teilungsplanes und Übernahme von Trennstücken in das Öffentliche Gut. Über Ansuchen des Referenten stimmt der Gemeinderat einstimmig dem von Dipl. Ing. Paul Thurner, 3100 St. Pölten, Schillerplatz 3, vorgelegten Teilungsplan, GZ.: 9556-2011, vom 18.11.2011, zu. Die gesetzliche Grundlage bildet § 15 LTG.

14a) Dringlichkeitsantrag;

Straßenbau - Bauführung des NÖ Straßendienstes im Bereich der Kreuzung Pömmern; Übernahme in die Erhaltung und Verwaltung der Gemeinde.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Unterfertigung der vorliegenden Erklärung des Amtes der NÖ Landesregierung, Gruppe Straße, vom 08.03.2012, GZ.: STBA5-BL-907/001-2011.

Die Erklärung liegt dem Gemeinderat zum Zeitpunkt seiner Beschlussfassung im Originalwortlaut vor.

Berichterstatter und Antragsteller Bürgermeister Mag. Herbert Choholka für den entschuldigtem STR Norbert Damböck

15.) Ko;

Projekt „Optimierung Freibad“ – der Bürgermeister berichtet in Abwesenheit des Referenten über den derzeitigen Stand des Optimierungsprojektes, über die durchgeführten Erhebungen zur Stärken- und Schwächenanalyse, die Durchleuchtung von Arbeitsabläufen und Einkaufsstrategien sowie über die bisherigen Maßnahmenvorschläge, allen voran die Überlegungen zur Einrichtung und Schaffung eines Kleinstkinder-Erlebnisbereiches.

Zu diesem TOP beantragt Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka die Aufstockung des Arbeitsaufwandes von Herrn Mag. (FH) Walter Wosner von ursprünglich 50 auf 60 Arbeitsstunden.

Diesem Antrag stimmen alle anwesenden Mandatäre/innen von SPÖ, FPÖ und Die Grünen zu - die ÖVP-Fraktion stimmt gegen den Antrag.

16.) PZ.: 511/12/Bau;

Wildbachverbauung – Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten im Grubtalbach und Kreisbach-Münichwaldbach – Interessentenerklärung/Finanzierung.

Über Antrag von Herrn Bürgermeister Mag. Herbert Choholka stimmt der Gemeinderat einstimmig der Unterfertigung der Interessentenerklärung 2012 des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Wien und Nördliches Niederösterreich, 1030 Wien, Marxergasse 2, vom 07.02.2012 zu.

Das Investitionsvolumen des Vorhabens beträgt gesamt € 21.000,00, diese Summe soll in gleichen Anteilen auf die Republik Österreich, das Land NÖ und die Stadtgemeinde Wilhelmsburg als Konsenswerber aufgeteilt werden.

17.) Ko;

Pachtverträge Sporthalle, Sauna und Parkbad – Vertragsfortführung.

Herr Bürgermeister Mag. Herbert Choholka berichtet dem Gemeinderat über die mit Herrn Wilfried Stulik geführten Besprechungen und Verhandlungen zu einer Vertragserstellung/Pachtverträge Sporthalle, Sauna und Parkbad. Die Vertragsentwürfe liegen dem Gemeinderat zum Zeitpunkt seiner Behandlung im Originalwortlaut vor, die einzelnen Vertragsbestimmungen werden vom Bürgermeister ausführlich vorgestellt.

Der Gemeinderat spricht sich für den Abschluss der Pachtverträge mit dem bisherigen Pächter Wilfried Stulik für die Bereiche Sporthalle (Restaurationsbetrieb und Sauna) sowie für das Städtische Freibad (Buffetbetrieb) mit einer Laufzeit von jeweils fünf Jahren aus. Sämtliche weitere vertragliche Bestimmungen sind den Pachtverträgen zu entnehmen, besonders hingewiesen wird darauf, dass diese Verträge bereits vor Beschlussfassung durch den Gemeinderat seitens des Pächters vorab unterfertigt wurden.

Der Originalwortlaut der Pachtverträge wird vom Gemeinderat beschlossen, es werden keinerlei Abänderungen bzw. Ergänzungen vorgenommen.

Zu diesem TOP beantragt der Bürgermeister weiters die Durchführung baulicher Maßnahmen zur Attraktivierung des Buffetbereiches. Im Rahmen eines vorgelegten Betriebskonzeptes beabsichtigt Herr Wilfried Stulik eine wesentliche Ausweitung des gastronomischen Angebotes sowie eine vollkommen neue Art der Warenpräsentation. Seitens der Stadtgemeinde sind folgende Baumaßnahmen vorgesehen:

- Abbruch der zum bisherigen FKK-Bereich führenden Stiege
- Mauerdurchbrüche
- Installierung von Rolltoren
- Beseitigung von Terrassensenkungen
- Herstellung von Ver- und Entsorgungsleitungen sowie Elektroinstallationsarbeiten

Der erforderliche Finanzierungsaufwand beträgt ca. € 43.000,00. Die Bedeckung dieser im Budget nicht vorgesehen Ausgabe soll ressortintern über Einsparungen (Sporthalle – Erneuerung der Hallenmatten) in der Höhe von € 21.000,00 erfolgen, als Restfinanzierung dienen nicht budgetierte Mehreinnahmen aus dem Titel der Aufschließungsabgabe.

Der Gemeinderat stimmt den durch die Gemeinde zu tätigen Abbruch- und Umbauarbeiten sowie der Finanzierung des Vorhabens einstimmig zu.

Berichterstatter und Antragsteller STR Walter Schmid

18.) PZ.: 286/12/Se;

Abänderung der Friedhofsgebührenordnung - die derzeit geltende Friedhofsgebührenordnung der Stadtgemeinde Wilhelmsburg wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 16.12.2010 beschlossen

und dem Amt der NÖ Landesregierung, Gruppe Innere Verwaltung, Abteilung Gemeinden, zur Verordnungsprüfung vorgelegt. Mit Schreiben vom 20.01.2012 teilte das Amt der NÖ Landesregierung mit, dass die beschlossene Gebührenordnung einer Änderung bedarf.

Die Abänderung der Friedhofsgebührenordnung liegt dem Gemeinderat zum Zeitpunkt der Beschlussfassung im Originalwortlaut vor (Beilage 10) und wird einstimmig beschlossen.

Berichterstatter und Antragsteller STR Christine Choholka

19.) Se;

Wohnungsvergaben – der Gemeinderat stimmt nachfolgenden Wohnungsvergaben einstimmig zu:

- Conrad-Lester-Hof 6/2/2 (Putz Elisabeth) an Sumbic Brankica und Almir ab 01.12.2011
- Neidhartstraße 41 b/5 (Habacher Mario) an Ledermüller Ingrid ab 01.12.2011

20.) Dringlichkeitsantrag;

Begründung von Wohnungseigentum - Verkauf der Wohnung Conrad Lester-Hof 2/5.

Der Gemeinderat stimmt dem Eigentumserwerb für die Wohnung Conrad Lester-Hof 2/5 durch Frau Tanja Schlüpfinger, wohnhaft 3180 Lilienfeld-Marktl, Prefastraße 17, einstimmig zu.

Sämtliche vertragliche Vereinbarungen einschließlich des Kaufpreises sind in dem von Herrn Mag. Ferdinand Krug, Öffentlicher Notar, Wilhelmsburg, Obere Hauptstraße 12, erstellten Kaufvertrag sowie der vorliegenden Treuhandvereinbarung enthalten.

Berichte und Anträge des UGR – anlässlich der Sitzung des Gemeinderates erfolgt keine Berichterstattung bzw. Antragstellung.

Schriftführer:

Bürgermeister:

Für den SPÖ-Klub:

Für den ÖVP-Klub:

Für den FPÖ-Klub:

Die Grünen:

Je eine Ausfertigung erhalten:

1. SPÖ-Klub
2. ÖVP-Klub
3. FPÖ-Klub
4. Die Grünen
5. Stadtamt – Verwaltung (Rundlauf)
6. Versorgungsbetrieb